RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM

Lehrstuhl für Makroökonomik

MacroNews

8. Kalenderwoche

RUB

Aktuelle Lage in Griechenland, Großbritannien, USA und Portugal

Griechenland: Die griechische Regierung möchte den Streit mit den Geldgebern bis zum 20. März beilegen, sagte Alexis Tsipras am vergangenem Freitag. Durch einen noch länger andauernden Streit drohe ein Abwürgen des aufkeimenden Aufschwungs, so die Notenbank. Nach EU-Berechnungen sei die Wirtschaft 2016 um 0,3 Prozent gewachsen und könne nach Prognosen im aktuellen Jahr ein Plus von 2,7 Prozent aufweisen. Diese Prognosen seien nach Ansicht vom griechischen Notenbankchef Yannis Stournaras nur realistisch, wenn sich der Streit mit den Geldgebern nicht noch länger hinzieht. Nach wie vor streitet sich Griechenland mit Geldgebern um Reformmaßnahmen, so soll der Arbeitsmarkt liberalisiert werden, indem der Kündigungsschutz gelockert und die Möglichkeit zu streiken erschwert werden. Der IWF möchte sich demnach nur beteiligen, wenn Schuldenerleichterungen für Griechenland beschlossen werden, was jedoch von den europäischen Geldgebern strikt abgelehnt wird. In der kommenden Woche sollen internationale Experten nach Athen zurückkehren, damit eine Kontrolle der Umsetzung von Reformschritten stattfinden könne.

Großbritannien: Das britische Bruttoinlandsprodukt ist nach Angaben den Statistikamts ONS im Schlussquartal 2016 um 0,7 Prozent im Vergleich zum Vorquartal gewachsen. Die seit dem Referendum anziehende Inflation habe für eine spürbare Zurückhaltung der Konsumenten zum Jahreswechsel gesorgt. Zudem sanken die Investitionen der Unternehmen um ein Prozent. Der britische Notenbankchef Mark Carney betonte zuletzt, dass die steigende Inflation von 1,8 Prozent vollständig auf den Kursverfall des Pfundes gegenüber dem US-Dollar zurückzuführen ist. Durch diesen Kursverfall seien die Exporte 2016 um vier Prozent gestiegen, doch die dadurch teureren Importe schraubten die Inflation in die Höhe. Angus Armstrong vom Nationalinstitut für Wirtschafts- und Sozialforschung zufolge braucht die britische Wirtschaft einen anderen Wachstumstreiber, wenn sie 2017 keine deutliche Abkühlung hinnehmen wolle. Im gesamten Jahr 2016 sei die Wirtschaft um 1,8 Prozent gewachsen, doch die EU-Kommission traut Großbritannien 2017 nur ein Wachstum von 1,5 Prozent zu, wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtet.

USA: Den am Mittwoch veröffentlichten Protokollen der letzten Fed-Sitzung ist zu entnehmen, dass eine geldpolitische Straffung „recht bald angebracht“ sei. Das Direktoriumsmitglied Jerome Powell erklärte, dass eine Zinsanhebung im März eine Option sei, einige Experten erwarten allerdings erst im Mai oder Juni eine Zinsanhebung, da sich dann die Folgen des neuen US-Präsidenten besser abgezeichnet hätten.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Wochenrückblick

Das Wichtigste in Kürze:
20. Februar bis 26. Februar

Steigende Preise am Immobilienmarkt

Montag, 20. Februar – Die deutsche Bundesbank gab am Montag bekannt, dass nach eigenen Schätzung die Preise für Wohneigentum im vergangenem Jahr 15 bis 30 Prozent über dem gerechtfertigten Niveau gelegen habe. Vor allem Großstädte seien von Preisexplosionen betroffen, die nur teilweise mit den günstigen Immobilienkrediten erklärt werden kann. So seien die Preise 2016 um insgesamt acht Prozent in den Städten gestiegen, im Besonderen seien Metropolen mit einem überdurchschnittlichen Preisanstieg gekennzeichnet. Von 2010 bis 2015 sind die Preise durchschnittlich um 6,75 Prozent gestiegen. Ökonomen deuten schon längere Zeit auf Preisblasen am Immobilienmarkt hin, die durch mangelnde Anlage-Alternativen durch die lange Niedrigzinsphase entständen. Zudem seien die starken Preissteigerungen in Großstädten auch auf die starke Nachfrage zurückzuführen, da laut des Bundesamtes für Bau nur etwa ein Prozent der Wohnungen in Großstädten leer standen.

EU-Kommission verwarnt Italien

Mittwoch, 22. Februar – Wie die FAZ berichtet rücke Italien in den Fokus der EU-Kommission, da die Schuldenlast weiter zunimmt. Die Kommission droht mit einer Verfahrenseröffnung gegen das Land, sollte es nicht - wie bereits zugesagt -

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Dieser wolle mit Steuersenkungen und Investitionen die Wirtschaft weiter ankurbeln. Den Protokollen zufolge würden einige Notenbanker vor steigenden Risiken durch die expansivere Haushaltspolitik warnen. Doch weitestgehend hätte die Meinung geherrscht, dass sich Chancen und Risiken für die Wirtschaft die Waage hielten. Die mitentscheidenden Konjunkturdaten des Arbeitsmarktes würden mit einer Erwerbslosenquote von 4,8 Prozent nahezu eine Vollbeschäftigung aufweisen, auch Preisveränderungen bei persönlichen Ausgaben der Verbraucher liegt mit 1,7 Prozent nahe bei der Zielvorgabe von zwei Prozent. Das Konsumklima habe sich im Februar weniger getrübt als erwartet. So wurde ein Konsumklima nach einer ersten Schätzung der Universität von Michigan von 95,7 Punkten erwartet. Nach einer zweiten Erhebung der Universität sei das Konsumklima auf 96,3 Punkte korrigiert worden, welches immer noch ein Rückgang um 2,2 Punkte bedeutet, so die Deutsche Presse-Agentur.

Portugal: Die Staatsverschuldung nimmt in Portugal weiter zu, so beträgt die aktuelle Verschuldung nach Angaben der portugiesischen Notenbank derzeit 130,5 Prozent der Wirtschaftsleistung. Die Regierung in Portugal sei von einer Verschuldung von 127,7 Prozent ausgegangen, wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtet. Zum Ende des dritten Quartals hätte die Verschuldung bei 133,4 Prozent der Wirtschaftsleistung gelegen, in der EU gilt regulär eine Obergrenze von 60 Prozent, berichtet die Agentur weiter. Dennoch hätte das Haushaltsdefizit im vergangenem Jahr nur 2,1 Prozent des Bruttoinlandprodukts betragen und sei somit unter der Drei-Prozent-Schwelle geblieben, indem sich die Mitglieder der Eurozone bewegen dürfen. Portugal gehört zu den am höchsten verschuldeten Mitgliedsstaaten der Eurozone direkt hinter Griechenland und Italien. Für das aktuelle Jahr erwartet die Regierung einen Rückgang des Haushaltsdefizits und der Staatsverschuldung. Bereits 2014 konnte das Land das Rettungsprogramm verlassen und zahlt seit 2015 den vom IWF erhaltenen Anteil des Rettungsprogramms vorzeitig, mit Geldern, welches sie günstiger am Markt aufnehmen können, zurück.

Hintergrund: Konjunkturlage

FAZ: Die Fed könnte Leitzins schon im März erhöhen
Handelsblatt: Portugals Staatsverschuldung nimmt weiter zu
Zeit online: Griechenland Kontrolleure kehren zurück
Reuters: Britische Wirtschaft wächst - Aber Brexit-Schatten auch

bis April entscheiden, wie es das Haushaltsdefizit des Landes verringern möchte. Die Maßnahmen sollen 0,2 Prozent der italienischen Wirtschaftsleistung entsprechen. Eine Entscheidung werde auf Grundlage der Frühjahresprognose getroffen, die im Mai ansteht. Diese Warnung dürfte der italienischen Regierung Druck machen, um Sparmaßnahmen zu ergreifen. Eine Bestrafung gelte aber als unwahrscheinlich, denn die Kommission hatte sich bereits mit Frankreich, Spanien und Portugal nachsichtig gezeigt.

Steigende Exporte nach Russland

Freitag, 24. Februar – Der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft spricht von einer Trendwende, nachdem die Ausfuhren nach Russland zugenommen haben. Im letzten Quartal 2016 seien die Ausfuhren, trotz anhaltender Sanktionen gegen Russland, um 1,3 Prozent gestiegen. Im gesamtem Jahr 2016 haben sich die Exporte mit 21,6 Milliarden Euro erstmals stabilisiert. Vor den Sanktionen gegen Russland haben die Ausfuhren ein Volumen von 40 Milliarden Euro umfasst, so das Handelsblatt.

Zahl der Woche:

0,8 Prozent

des Bruttoinlandprodukts betrug der deutsche Haushaltsüberschuss 2016. Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherung nahmen 23,7 Milliarden Euro mehr ein als sie ausgaben.

Reuters